

## BP einigt sich mit Ölpest-Klägern

**NEW ORLEANS** sda. Der britische BP-Konzern hat sich wegen der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko mit den privaten Klägern auf Zahlungen in Milliardenhöhe geeinigt. Wie der Konzern am frühen Samstagmorgen mitteilte, umfasst die gütliche Einigung Zahlungen im Umfang von 7,8 Milliarden Dollar.

Unter den privaten Klägern waren zahlreiche Fischer und andere Wirtschaftsbetriebe, die erhebliche Einbussen erlitten hatten. Konzernchef Bob Dudley erklärte, BP habe sich von Anfang an bemüht, seine Verpflichtungen gegenüber den Anwohnern der Golfregion zu erfüllen. Das nun getroffene Abkommen sei das Ergebnis von fast zwei Jahren harter Arbeit.

Die Zahlungen sollen aus einem Fonds in Höhe von 20 Milliarden Dollar geleistet werden, den BP eigens dafür eingerichtet hat. Eine Einigung mit den staatlichen Stellen in den USA wurde der Mitteilung zufolge noch nicht erzielt. BP betonte, mit dem Vergleichsvorschlag erkenne das Unternehmen keine Haftungsverpflichtungen an. Zugleich kündigte der Konzern an, manche seiner Forderungen an die Bohrpater Transocean und Halliburton an ein Komitee der Kläger abzutreten. Die drei Konzerne haben sich gegenseitig verklagt.

## Der Credit Suisse droht ein Prozess

**NEW YORK** sda. Rückschlag für die Credit Suisse: Ein Bezirksrichter in Columbus im US-Bundesstaat Ohio hat am Freitag den Antrag der Bank zurückgewiesen, eine Klage geprellter Investoren abzulehnen.

Weil die Credit Suisse Anleihen der später pleitegegangenen National Century Financial Enterprises an den Kapitalmarkt gebracht hatte, droht ihr in den USA ein Prozess. Die Investoren hielten Schuldtitel von National Century über insgesamt fast 2 Milliarden Dollar und werfen der Schweizer Bank vor, sie über die wahre Lage des Emittenten getäuscht zu haben. Schadenersatzansprüche stellen mehrere Gruppen von Investoren. Darunter sind die Allianz-Tochter Pimco, die Bayern LB, Lloyds TSB Bank und Metlife. Die Credit Suisse kündigte an, sich weiter gegen die Vorwürfe zur Wehr zu setzen. Sie äusserte sich zuversichtlich, dass das Gericht zu dem Ergebnis kommen werde, die Bank habe weder eigenes Fehlverhalten zu verantworten noch das eines anderen unterstützt.

# Die kleine Steueroase der USA

**DELAWARE** Im Steuerstreit mit den USA kritisiert der Bundesrat die US-Steueroase Delaware. Fachleute bezeichnen den kleinen Bundesstaat als eines der grössten Schlupflöcher für Steuerhinterziehung.

RENZO RUF, WASHINGTON  
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Eine Steueroase sieht anders aus. Es fehlt das trutzige Schloss, das in Vaduz die staatliche Unabhängigkeit symbolisiert. Oder der See, der schon so manchen Besucher Zugs verzaubert hat. Und mit der Dynamik Singapurs oder Hongkongs, den modernen asiatischen Bankenmetropolen, kann es Wilmington schon gar nicht aufnehmen. In der mit 70 000 Einwohnern grössten Stadt im kleinen Bundesstaat Delaware plätschert das Leben gemütlich vor sich hin.

«Eines der grössten Schlupflöcher»

Und dennoch bezeichnen Fachleute den Staat an der US-Ostküste als eines der grössten Schlupflöcher im Kampf gegen die weltweite Steuerhinterziehung; in Untersuchungsberichten internationaler Organisationen wird regelmässig scharfe Kritik an Delaware geübt. Auch in Bundesbern fällt der Name des Bundesstaates häufig – meist in Verbindung mit dem Wort «scheinheilig».

«Wir sind für Investoren attraktiv, die ihr Geld schützen wollen.»

CHARLES ELSON,  
UNIVERSITY OF DELAWARE

Die Amerikaner sollten doch zuerst vor der eigenen Türe kehren, bevor sie den Druck auf den Finanzplatz Schweiz erhöhten, heisst es jeweils. Tatsache ist: Delaware ist ein Mekka für Unternehmen. Ende 2010 zählte der Staat etwa gleich viele Firmen wie Einwohner – jeweils rund 900 000. Dafür gibt es zwei Gründe. Zum einen lässt sich ein Unternehmen in Delaware im Handumdrehen gründen. Die Registrierung kostet gemäss der aktuellen Gebührentabelle bloss 89 Dollar. Zum andern öffnet eine Niederlassung in Delaware einem Unternehmen Zugang zum dortigen Gerichtssystem, das in der amerikanischen Geschäftswelt als wirtschaftsfreundlich und effizient gilt – Streitfälle jeglicher Art können dank der vorherrschenden Diskretion schnell und ohne grosses Aufsehen erledigt werden. Davon profitie-



Ein Strassenzug in der grössten Stadt Wilmington der «Steueroase» Delaware.

Creative Commons/Chris Connelly

ren letztlich nicht nur Lokalunternehmen. Auch auswärtige Firmen werden mit offenen Armen empfangen, wie ein Blick ins Firmenregister zeigt.

**Viele Schweizer Firmen sind vor Ort**

Die beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse sind gleich mit Dutzenden von Tochtergesellschaften präsent. Nestlé, Novartis, Roche oder Glencore besitzen ebenso Zweigstellen in Delaware. Einige dieser Unternehmen haben al-

lerdings nicht viel mehr als einen Briefkasten in einem unscheinbaren Geschäftshaus in Wilmington: Bei einer Unternehmensgründung muss nämlich in Delaware bloss die Adresse eines einheimischen Treuhänders hinterlegt werden. An den Namen und Anschriften der wirtschaftlich Berechtigten sind die Lokalbehörden nicht interessiert. Dank diesem unbürokratischen Vorgehen boomt das Geschäft: 854 Millionen Dollar nahm der Bundesstaat im Finanzjahr

2010 an Unternehmenssteuern und -gebühren ein – das ist angesichts eines 3-Milliarden-Dollar-Haushalts und einer schwächelnden Konjunktur eine ansehnliche Summe.

**Kritischer Vorstoss liegt auf Eis**

Natürlich weckt dieser Erfolg Neider und Kritiker. An vorderster Front profiliert sich Senator Carl Levin aus Michigan. Levin ist Autor eines Gesetzesentwurfs, der vorsieht, dass bei der Registrierung eines Unternehmens in den USA die wirtschaftlich berechtigten Personen immer offengelegt werden müssen. Dies sei nicht nur «moralisch» vonnöten, sondern auch im sicherheitspolitischen Interesse der USA, sagt der demokratische Politiker. Denn die Gesetze in Delaware ermöglichten die Gründung von Strohfirmen, die nicht nur zur Steuerhinterziehung, sondern auch zur Finanzierung von terroristischen Aktivitäten genutzt werden könnten. Der Vorstoss, von dem auch die Staaten Nevada und Wyoming stark betroffen wären, liegt im Senat allerdings auf Eis. Dies hat auch damit zu tun, dass der führende demokratische Senator, Mehrheitsführer Harry Reid, selbst aus Nevada stammt.

In die Kritik am Erfolgsmodell Delaware stimmt auch Bundesbern ein. «Diese Praktiken in den USA» seien in den laufenden Verhandlungen zwischen Bern und Washington um eine Lösung des Steuerstreits thematisiert worden, bestätigt Sprecher Mario Tuor vom Staatssekretariat für internationale Finanzfragen. Wie die Amerikaner darauf reagiert hätten, will er allerdings nicht verraten. Nicht gerade förderlich war wohl, dass der Eidgenossenschaft kein Fall bekannt ist, in dem ein Schweizer Steuerzahler mittels einer Strohfirma in Delaware Steuern hinterzogen hat.

**«Für Investoren attraktiv»**

Darüber zeigt man sich in Delaware nicht weiter erstaunt. Charles Elson, Finanzprofessor an der University of Delaware, sagt im Gespräch: «Wir sind keine Steueroase.» Denn eine Gesellschaft, die sich in Delaware niedergelassen habe, müsse sich beim Fiskus melden und Steuern bezahlen. Diese sind zwar vergleichsweise niedrig, aber ungeschoren komme niemand davon. Elson begründet die Anziehungskraft Delawares stattdessen mit den guten Rahmenbedingungen und dem verlässlichen Gerichtssystem.

«Das macht uns für Investoren attraktiv, die ihr Geld schützen wollen.» Missbräuche gebe es selbstverständlich immer wieder, aber «wir verbieten ja das Autofahren nicht, obwohl es im Strassenverkehr zu Unfällen kommt», sagt Elson und lacht schelmisch. Für den Finanzprofessor ist die immer wieder aufflammende Debatte über den Status von Delaware deshalb ein «Sturm im Wasserglas».

## Aktive Aktionäre – Fluch oder Segen?

**MITSPRACHE** Gerade in der Frühlingszeit, wenn die Generalversammlungen auf der Tagesordnung stehen, werden sie noch ein Stück weit visibler: die aktiven Aktionäre. Sie haben Meinungen und suchen über verschiedenste Kanäle den Dialog mit dem Unternehmen, unabhängig von ihrem prozentualen Aktienvermögen an demselben – für die einen ein Fluch, für die anderen ein Segen. Doch was sind nun Rolle und Bedeutung dieser Eigentümer, die sich nicht darauf beschränken, Aktien zu erwerben, zu halten und gelegentlich eine Dividende zu erhalten?

Das Deutsche Aktieninstitut hat 2009 in Zusammenarbeit mit McKinsey in der Studie «Investorendialog im Umbruch – Zum Umgang börsennotierter Unternehmen mit aktiven Aktionären» folgende Erkenntnis gewonnen: «Aktive Aktionäre sind nicht nur Kapitalgeber, sondern auch Dialogpartner und Impulsgeber für die Unternehmensleitung. Mehr als 80 Prozent der Unternehmen schöpfen aus dem Dialog mit ihren aktiven Aktionären wertvolle Anregungen zur Entwicklung des Unternehmens. Aktive Aktionäre verfügen nach Einschätzung der Unternehmen über umfangreiche ana-

lytische Kapazitäten und können gut beurteilen, wie sich unternehmerische Entscheidungen auf die langfristige Bewertung eines Unternehmens am Kapitalmarkt auswirken. Das macht sie zu geeigneten Gesprächspartnern des Managements bei grundlegenden Richtungsentscheidungen, die naturgemäss mit grosser Unsicherheit behaftet sind. Die Vorschläge aktiver Aktionäre finden deshalb auch Eingang in die Strategiediskussionen von Vorstand und Aufsichtsrat.»

«Als Aktionäre sind sie die Eigentümer und sollen – ob unbequem oder nicht – so, wie es das Gesetz auch vorsieht, mitreden können.»

Das liest sich ganz nach Segen, und ich könnte hier eigentlich zufrieden Feierabend machen. Leider nicht. Wer sich bei den Unternehmen zum Thema «aktive Aktionäre» umhört, merkt

schnell, dass die Meinung nicht überall so rosarot geprägt ist. Nicht selten werden diese Investoren, die ihre Rechte als Aktionäre weitgehend ausüben und ihre Interessen mit diversen Mitteln aktiv verfolgen, mit wenig schmeichelnden Worten beschrieben.

Dabei wurde – und teilweise wird – ihr Einfluss auf die unternehmeri-

informierten – und damit auch anspruchsvolleren – Aktionären führen. Die Zahl derer, die mitreden, wird deshalb nicht sinken. Und das ist auch gut so. Als Aktionäre sind sie die Eigentümer und sollen – ob unbequem oder nicht – so, wie es das Gesetz auch vorsieht, mitreden können. Wobei wie immer das Prinzip gilt, sinnvoll mit den Rechten umzugehen.

### AUSSICHTEN

schen Entscheidungen in Kontinentaleuropa lange Zeit unterschätzt. In den USA hat der sogenannte Shareholder Activism seit vielen Jahren Tradition, und die Aktionäre gehen offensiv gegen Fehlentwicklungen in Konzernen vor, die, wie sie glauben, gegen die Aktionärsinteressen verstossen. Auch in Europa nehmen aktive Aktionäre in jüngster Vergangenheit stetig zu und nehmen immer mehr unmittelbaren und direkten Einfluss auf die Unternehmensstrategie. Und das kann unbequem sein.

Fakt ist, dass die rasch zunehmende Menge und die Verfügbarkeit von Informationen auf dem Markt zu besser

Europäische und damit auch schweizerische Unternehmen werden vor dem Hintergrund dieser Entwicklung nicht umhinkommen, sich gezielt und umfassend auf eine neue Qualität der strategischen Interaktion mit Investoren einzustellen. Das heisst, dass der Dialog mit den Aktionären in Zukunft noch weitaus differenzierter geführt werden muss als bisher, und das macht auch ökonomisch Sinn: Heterogene Meinungen und Ansichten führen regelmässig zu stabileren Entscheidungen.

HINWEIS

► Die Autorin, Sita Mazumder (41), ist Professorin für Banking and Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Dozentin und Projektleiterin im Bereich Diversity Management und Wirtschaftskriminalität am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ). ◀

